Sitzungsvorlage 082/2020

öffentlich

TOP: Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Schmutzwasserbeseitigung der Abwasserbeseitigung Weißenfels – Anstalt öffentlichen Rechts – Schmutzwasserbeitragssatzung (SwBS WSF), rückwirkend zum 23.07.2015

Beratungsfolge	Sitzungstag	TOP
Ortschaftsrat Reichardtswerben	16.06.2020	
Ortschaftsrat Borau	17.06.2020	
Ortschaftsrat Tagewerben	18.06.2020	
Hauptausschuss	22.06.2020	
Ortschaftsrat Burgwerben	23.06.2020	
Finanzausschuss	24.06.2020	
Ortschaftsrat Langendorf	24.06.2020	
Stadtrat	25.06.2020	

☐ Einbeziehung des Senioren- und/oder	☐ Behindertenbeirats
--	---

Finanzierung:			
Mittel stehen bereit im Budget:	☐ ja	☐ Nein, jedoch	apl ☐ üpl ☐
aus dem lfd. Haushalt: aus VE / Resten:	☐ ☐	Deckung in Budget Nr. aus Produkt: aus SK / USK aus Maßnahme-Nr. Ansatz auf SK noch verfügbar im SK	
KSt: SK: USK:			
Unterschrift Budgetverantwortlicher			
Mitzeichnung im Bedarfsfall:	Unterschrift		
Zustimmung eines anderen Budgetverantwortlichen			
Bestätigung durch Amt Finanzen			

Sachstandsbericht:

Mit Urteil vom 21.08.2018 hat das OVG des Landes Sachsen-Anhalt die Satzung der Stadt Weißenfels zur Erhebung von Beiträgen für die Schmutzwasserbeseitigung weitgehend für unwirksam erklärt (Az. 4 K 221/15). Das OVG hat mit dieser Entscheidung eine unerwartete Rechtsprechungswende eingeleitet. Bis dahin galt nach der Rechtsprechung in Sachsen-Anhalt als gesichert, dass eventuelle Fehler der Kalkulation bzw. eine von der gerichtlichen Überzeugung abweichende Berücksichtigung von Kosten oder Abzugsposten jedenfalls solange unbeachtlich sind, wie „im Ergebnis“ der festgesetzte Beitragssatz nicht gegen das Aufwandsüberschreitungsverbot verstößt und der höchstzulässige Beitragssatz nicht überschritten wird (vgl. OVG Magdeburg, Urt. v. 07.09.2000 – 1 K 14/00, juris Rz. 17, 33f.; Urt. v. 01.08.2001 – 3 L 305/01, juris Rz. 15 u.a.; gleichermaßen auch der später zuständige 4. Senat: Beschl. v. 08.03.2007 – 4 L 9/07, juris Rz. 5f.; Beschl. v. 02.08.2007 – 4 M 44/07, juris Rz. 3; Urt. v. 29.04.2010 – 4 L 341/08, juris Rz. 26; Urt. v. 27.03.2012 – 4 L 233/09, juris Rz. 62 u.a.). Abweichend von dieser bisherigen Rechtsprechung führen nach o.g. Urteil des OVG des Landes Sachsen-Anhalt nunmehr auch zu niedrig festgesetzte Beitragssätze zur Unwirksamkeit der Beitragssatzung. Denn nach Auffassung des OVG lässt die Beitragserhebungspflicht, die zum Zeitpunkt des Erlasses der Beitragssatzung im Jahr 2015 und des Urteils im Jahr 2018 bestand, dem Aufgabenträger keinerlei Entscheidungsspielraum hinsichtlich der Finanzierung seiner öffentlichen Einrichtung. Aus der Beitragserhebungspflicht des § 6 Abs. 1 S. 1 KAG-LSA a.F. folgte das OVG darum nicht nur, dass überhaupt Beiträge erhoben werden. Es hat darüber hinaus eine aufwandsdeckende Beitragserhebung verlangt (vgl. OVG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 21.08.2018 – 4 K 221/15, Umdruck S. 28). Erlaubt ist lediglich noch ein geringfügiger Sicherheitsabstand, der maximal bis zu 20 % betragen und ausdrücklich nur zur Abfederung von generellen Unwägbarkeiten und Risiken der Beitragskalkulation festgesetzt werden darf (vgl. OVG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 19.12.2019 – 4 L 325/19, Umdruck S. 5; Beschl. v. 20.11.2019 – 4 L 165/19, Umdruck S. 5f.).

Aufgrund Beschlusses des Stadtrates vom 18.10.2018 (Beschluss-Nr. SR 487-47/2018: Entscheidung über den Rechtsbehelf gegen das Urteil des OVG Magdeburg über die Herstellungskostenbeiträge) hatte die Stadt Weißenfels Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision gegen das o.g. Urteil des OVG vom 21.08.2018 beim Bundesverwaltungsgericht eingelegt. Mit Beschluss vom 24.02.2020 wies das Bundesverwaltungsgericht die Beschwerde der Stadt zurück (Az. 9 BN 9.18). Dadurch ist das Urteil des OVG vom 21.08.2018 im April 2020 rechtskräftig geworden. Die Stadt Weißenfels ist jetzt in der Verantwortung, **rückwirkend zum 23.07.2015** eine neue Beitragssatzung auf Basis der damals geltenden

Rechtslage und mithin unter Berücksichtigung der hierzu ergangenen neuen Rechtsprechung des OVG zu erlassen (Anlage 1). Die WTE Betriebsgesellschaft mbH, Hecklingen, hat deshalb bereits parallel zum laufenden Gerichtsverfahren an der Erstellung einer den Vorgaben der Rechtsprechung entsprechenden Kalkulation gearbeitet; sie liegt nunmehr mit Datum vom 27.05.2019 vor. Die Beitragskalkulation für den höchstzulässigen Beitragssatz zur Herstellung der öffentlichen Schmutzwasserbeseitigungseinrichtung liegt bei der Abwasserbeseitigung Weißenfels – AöR und in der Stadtratssitzung zur Einsichtnahme aus. Danach liegt der höchstzulässige Beitragssatz für den Herstellungsbeitrag I bei € 3,66 pro m² der gewichteten beitragspflichtigen Grundstücksfläche und der höchstzulässige Beitragssatz für den Herstellungsbeitrag II bei € 2,59 pro m² der gewichtigen beitragspflichtigen Grundstücksfläche. Die maßgeblichen Gründe für die Veränderung der höchstzulässigen Beitragssätze sind in der Gegenüberstellung der Beitragskalkulationen 2015 und 2020 des Kalkulationsbüros erläutert (Anlage 2).

Zur Vorbereitung der Beschlussfassung des Satzungsgebers, der mit der Satzung zugleich über den Deckungsgrad der Beitragsfinanzierung gemäß den o.g. Rechtsprechungsvorgaben des OVG des Landes Sachsen-Anhalt zu entscheiden hat, hat die WTE Betriebsgesellschaft mbH mit Schreiben vom 19.05.2020 eine Einschätzung gegeben, inwieweit auf Seiten der umlagefähigen Kosten und auf Flächenseite unter Berücksichtigung der konkreten Gegebenheiten des Falles generell bei einer Kalkulation zu berücksichtigende Unwägbarkeiten und Risiken bestehen könnten. Nach Einschätzung des Kalkulators sind die bei der Festlegung des Sicherheitsabstandes zu berücksichtigenden generellen Prognoserisiken hier relativ gering. Er empfiehlt deshalb einen Deckungsgrad zwischen 92 und 95 % der höchstzulässigen Beitragssätze und führt aus, dass mit einem in diesem Rahmen liegenden Sicherheitsabstand den generell bestehenden Risiken hinreichend Rechnung getragen werden könnte (Anlage 3). Unter Berücksichtigung der Vorgaben der Rechtsprechung und in Abwägung der Empfehlung der WTE Betriebsgesellschaft mbH soll der Deckungsgrad auf 95 % der jeweils höchstzulässigen Beitragssätze festgesetzt werden. Damit wird Bezug nehmend auf die fachlich bewerteten Prognoserisiken und die äußeren Rahmenbedingungen der hier vorliegenden Kalkulation ein an den generellen Risiken von Kalkulationen orientierter Abschlag von 5 % generiert, der ausschließlich dazu dient, Sicherheit hinsichtlich der äußeren oberen Festsetzungsgrenze zu schaffen. Der in der Schmutzwasserbeitragssatzung festzusetzende Beitragssatz für den Herstellungsbeitrag I beträgt danach € 3,48 pro m² der gewichteten beitragspflichtigen Grundstücksfläche, der Herstellungsbeitrag II € 2,46 pro m² der gewichteten beitragspflichtigen Grundstücksfläche.

In der Neufassung der zu beschließenden Schmutzwasserbeitragssatzung (Anlage 1) sind diese Beitragssätze in § 5 Abs. 1 und 2 eingearbeitet. Im Übrigen entspricht der Satzungsentwurf inhaltlich weitgehend der bisherigen Schmutzwasserbeitragsatzung, die vom OVG unbeanstandet geblieben ist. Zur weiteren Risikominimierung werden in der Neufassung der Schmutzwasserbeitragssatzung lediglich die Bemerkungen des OVG zur allgemeinen Vollgeschossdefinition aufgegriffen und diese in § 4 Abs. 2 Nr. 1 der Satzung klarstellend neu gefasst. Anpassungsbedarf bestand auch hinsichtlich der Billigkeitsregelung gem. § 11 Abs. 1 der Satzung insoweit, als die Durchschnittsgröße der nach der tatsächlichen Nutzung vorwiegend zu Wohnzwecken dienenden Grundstücke im Entsorgungsgebiet nach aktualisierter Berechnung 717,89 m² beträgt. Damit liegt die Begrenzungsfläche, hinsichtlich derer übergroße Wohngrundstücke nur eingeschränkt herangezogen werden, bei 933,26 m². Aktualisierungsbedarf bestand außerdem hinsichtlich der Datenverarbeitungsregelung in § 14 der Satzung, nachdem das Datenschutzgesetz (DSG LSA) im Februar außer Kraft gesetzt und durch das Gesetz zur Ausfüllung der Verordnung (EU) 2016/679 und zur Anpassung des allgemeinen Datenschutzrechts in Sachsen-Anhalt (Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetz Sachsen-Anhalt – DSAG-LSA) vom 18.02.2020 (GVBl. LSA 2020, 25) ersetzt wurde.

Die Satzung wird **rückwirkend zum 23.07.2015**, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der für unwirksam erklärten bisherigen Beitragssatzung, in Kraft gesetzt. Dies ist erforderlich, um vor allem auch die ordnungsgemäße Bearbeitung der noch im Rechtsbehelfsverfahren befindlichen Fälle sicherzustellen. Hierbei handelt es sich, wie auch sonst bei der Ersetzung einer mangelhaften Satzung, um eine zulässige unechte Rückwirkung.

Risch
Oberbürgermeister

Anlagen:

- Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Schmutzwasserbeseitigung der Abwasserbeseitigung Weißenfels – Anstalt öffentlichen Rechts – Schmutzwasserbeitragssatzung (SwBS WSF) (**Anlage 1**)
- Gegenüberstellung der Beitragskalkulationen Schmutzwasser 2020 und 2015 der WTE Betriebsgesellschaft mbH vom 28.05.2020 (**Anlage 2**)
- Stellungnahme zu einem möglichen Deckungsgrad des Beitragssatzes der Schmutzwasserbeitragssatzung der WTE Betriebsgesellschaft mbH vom 19.05.2020 (**Anlage 3**)

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt auf Basis der „Beitragskalkulation für den höchstzulässigen Beitragssatz zur Herstellung der öffentlichen Schmutzwasserbeseitigungseinrichtung“ der WTE Betriebsgesellschaft mbH vom 27.05.2020 die diesem Beschluss als Anlage 1 beigefügte Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Schmutzwasserbeseitigung der Abwasserbeseitigung Weißenfels – Anstalt öffentlichen Rechts – Schmutzwasserbeitragssatzung (SwBS WSF) **rückwirkend zum 23.07.2015.**

Risch
Oberbürgermeister